

Verbannung aus dem Finanzsystem: Der Krieg gegen Andersdenkende

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Hallo zusammen, ich bin Glenn Greenwald, willkommen zu einer neuen Folge von System Update hier bei uns auf Rumble. Es ist wahrlich keine Übertreibung festzustellen, dass die herrschende neoliberale Ordnung im Westen einen rapide eskalierenden Krieg gegen abweichende Meinungen führt. Ich werde entweder kurz vor oder kurz nach der Publikation dieses Videos einen Artikel auf Substack veröffentlichen, in dem ich die Entwicklung dieses Krieges ausführlich beschreibe und einzelne Aspekte darlege, wie es vermutlich weitergehen wird.

Ich denke, dass die Menschen zum ersten Mal wirklich verstehen, wie schwerwiegend der Angriff auf Widerspruch aus allen Richtungen ist, der sich aus den erstaunlichen Ereignissen in Kanada ergeben hat. Die kanadische Regierung unter Premierminister Justin Trudeau – der im Grunde ein politischer Prinz ist, sein Vater war vor mehreren Jahrzehnten Premierminister, daher ist er sozusagen Teil einer politischen Dynastie und verhält sich wie ein Mitglied der königlichen Familie – rief einfach den Ausnahmezustand aus, wodurch die bürgerlichen Freiheiten und eine friedliche Bewegung, die sich gegen Impfungen und andere Unzufriedenheit mit der Regierung richtete, unterdrückt wurde. Der Ernst der Lage ist schockierend, ebenso der Umstand, dass dies in Kanada geschieht, was bedeutet, dass es im Grunde überall im Westen geschehen könnte.

Ich werde mich daher in dem Artikel auf das breite Spektrum dieses Kampfes gegen Andersdenkende konzentrieren. In diesem Video möchte ich mich jedoch auf ein besonders beunruhigendes Element dieses Kampfes gegen Widerspruch konzentrieren, denn viele Menschen sind der Ansicht, dass diese Art von Waffe relativ neu ist, also das Einfrieren von Bankkonten oder der Ausschluss von Personen aus dem Finanzsystem, eine unglaublich drakonische Strafe, die ihnen die Fähigkeit nimmt, in der Gesellschaft zu funktionieren, oft ohne ein ordentliches Verfahren, einfach zur Bestrafung für ideologische Verbrechen oder Beteiligung, sowie für angeblich illegalen Protest. In Wirklichkeit wurde diese Waffe, die

Verbannung aus dem Finanzsystem, nicht durch gerichtliche Nachweise einer Straftat, sondern durch eine außergerichtliche oder außerrechtliche Bestrafung durch die Regierung, bereits vor mindestens einem Jahrzehnt entwickelt. Damals warnten nur wenige von uns vor der Gefahr dieser Maßnahme und der Wahrscheinlichkeit, dass sie zu genau den Ergebnissen führen würde, die wir jetzt in Kanada und anderswo im Westen erleben. Diese Waffe, mit der Menschen aus dem Finanzsystem verbannt werden, ohne dass man ihnen ein Verbrechen nachweisen kann, entstand, wie so viele der repressiven Maßnahmen gegen Andersdenkende, mit dem Krieg der USA gegen WikiLeaks.

Im Jahr 2010 machte WikiLeaks mit einer Reihe von Enthüllungen auf sich aufmerksam: mit den Kriegstagebüchern der Kriege im Irak und in Afghanistan, gefolgt von Cablegate. WikiLeaks befand sich bereits im Fokus der US-Regierung. Im Jahr 2008 erklärte die US-Armee WikiLeaks zum Staatsfeind und erarbeitete ein geheimes Dokument zur Zerschlagung der Organisation, das WikiLeaks zugespielt wurde und von ihnen umgehend veröffentlicht wurde, was den Hass der Regierung auf WikiLeaks natürlich noch verstärkte. Doch 2010 eskalierte der Zorn, die Wut und Angst vor WikiLeaks innerhalb des US-Sicherheitsstaates mit diesen bahnbrechenden Enthüllungen. Und das Obama-Justizministerium unter Eric Holder berief eine Untersuchung durch eine Grand Jury ein, um WikiLeaks Verbrechen nachzuweisen und Anklage gegen WikiLeaks und Julian Assange zu erheben. Das gelang ihnen jedoch nicht.

Sie konnten keine Beweise für ein anderes Verhalten von WikiLeaks als das von The New York Times, The Guardian, El Pais oder einer der anderen Zeitungen finden, die mit WikiLeaks bei diesen Veröffentlichungen zusammengearbeitet und genau so gehandelt hatten, wie WikiLeaks es getan hatte. Anstatt also zu beweisen, dass WikiLeaks sich Verbrechen schuldig gemacht hatte, was laut der US-Regierung unter dem Obama-Justizministerium nicht der Fall war, wurde beschlossen, WikiLeaks stattdessen mit außergerichtlichen Maßnahmen zu bestrafen. Lassen Sie mich das wiederholen, denn das ist alarmierend. Die US-Regierung sollte nur dann in der Lage sein, einen Bürger, ein journalistisches Blatt oder eine Aktivistengruppe zu verurteilen, wenn sie in der Lage ist, vor Gericht Anklage zu erheben und Beweise vorzulegen, dass die zu bestrafende Person oder Gruppe eines Verbrechens schuldig ist, um so ein Gericht oder eine Jury von der Schuld zu überzeugen. Das ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie.

Eine Regierung kann nicht einfach jeden beliebig bestrafen, ohne Beweise für eine Straftat zu haben. Aber sie waren so entschlossen, WikiLeaks zu bestrafen, obwohl sie keine Beweise für ein Verbrechen vorlegen konnten, dass sie zu außergesetzlichen Mitteln griffen, um dies zu erreichen. Außergesetzliche Mittel bedeutet Bestrafung. Und eines dieser Mittel war der Versuch, WikiLeaks von der Teilnahme am Finanzsystem auszuschließen, indem man Druck auf private Unternehmen ausübte, um WikiLeaks die Möglichkeit zu nehmen, Konten zu führen, Gelder zu erhalten, Gelder zu nutzen, Kreditkarten zu verwenden, Banken zu nutzen, um im Grunde WikiLeaks zu vernichten, ohne beweisen zu müssen, dass sie irgendeines

Verbrechens schuldig sind.

Ich habe in diesem Jahr viel Zeit damit verbracht, sowohl hier auf Rumble als auch bei Substack über ähnliche Zensurmaßnahmen der US-Regierung zu berichten. Die US-Regierung kann das Internet natürlich nicht direkt zensieren und tut es aufgrund des Ersten Verfassungszusatzes auch nicht. Stattdessen übt sie Druck auf private Unternehmen wie Facebook, Google, Twitter und andere aus, indem sie ihnen implizit oder manchmal sogar explizit damit droht, dass diese Unternehmen rechtliche und regulatorische Repressalien erleiden würden, falls sie nicht die Menschen und Nachrichten zensieren, die die US-Regierung zensiert haben will. Und ich habe darüber berichtet, dass dies eindeutig eine Verletzung des Ersten Verfassungszusatzes ist.

Diese Taktik nutzte die US-Regierung bereits in den Jahren 2010 und 2011 zum Ausschluss von WikiLeaks aus dem Finanzsystem. Es wurde Druck auf private Unternehmen ausgeübt, damit diese WikiLeaks aus dem System der Finanzdienstleistungen herausnehmen oder ausschließen. Angeführt wurde dies damals von dem neokonservativen Senator aus Connecticut, Joe Lieberman, der, wie sich viele von Ihnen vielleicht erinnern, im Jahr 2000 der Vizepräsidentschaftskandidat von Al Gore war. Er wurde 2006 von den Aktivisten der Demokratischen Partei als Strafe für seine Unterstützung des Irakkriegs abgesetzt, kandidierte aber 2006 als Unabhängiger und gewann.

2010 wurde er zum Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Sicherheit im Senat, eine sehr einflussreiche Position. Und er nutzte diese Möglichkeit, um Finanzunternehmen zum Ausschluss von WikiLeaks zu drängen, indem er ohne Beweise behauptete, WikiLeaks habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht, sodass diese Unternehmen, wenn sie WikiLeaks erlaubten, Gelder über MasterCard oder Visa oder Bank of America oder PayPal zu beschaffen oder einen Hosting-Service bei Amazon zu nutzen, der Beihilfe zur Bedrohung der nationalen Sicherheit beschuldigt würden. Sie können hier ein Video von Joe Lieberman vom 2. Dezember 2010 sehen, in dem er in einem Interview auf MSNBC sein Vorgehen rechtfertigt.

Joe Lieberman bei MSNBC: Wir müssen Druck auf alle Unternehmen ausüben. Amazon hat WikiLeaks gerade die Nutzung seiner Server für die Verbreitung untersagt. Es gibt jetzt ein Unternehmen in Schweden, ich glaube, es heißt Bahnhof AB, das WikiLeaks diese Art von Internetzugang zur Verfügung stellt. Wir müssen sie daran hindern, und wir müssen Herrn Assange, den Gründer von WikiLeaks, festnehmen und ihn wegen Verstoßes gegen das Spionagegesetz vor Gericht bringen. Denn wenn wir das nicht tun, wird so etwas immer wieder geschehen.

GG: Wie Sie sehen können, fordert er die Festnahme und strafrechtliche Verfolgung von Herrn Assange, etwas, was das Obama-Justizministerium für nicht durchführbar befand. Das Biden-Justizministerium versucht dies nun, nachdem die Trump-Administration die Anklage

fallen gelassen hat. Aber auch unabhängig davon erklärte er, dass Druck auf Finanzdienstleister und Internetunternehmen ausgeübt werden müsse, damit diese WikiLeaks den Zugang verwehren. Und genau das ist geschehen. Hier sehen Sie einen Auszug aus The Guardian vom 2. Dezember 2010, die Schlagzeile lautet: „WikiLeaks-Webseite von Amazon nach politischem Druck aus den USA entfernt. Die Seite mit den geheimen Interna der US-Botschaft wurde von den Amazon-Servern entfernt, als ein Senator zum Boykott von WikiLeaks durch Unternehmen aufrief.“

Erinnern Sie sich, und dazu komme ich gleich noch, dass etwas ganz Ähnliches mit Parler geschah, als es im Januar 2021 zur meist heruntergeladenen App wurde. AOC (A. Ocasio-Cortez, Anm. d. Red.) twitterte daraufhin: „Hey, Google und Apple, warum erlaubt ihr, dass Parler über euren Store heruntergeladen werden kann? Amazon, warum betreibt ihr Parler auf eurer Webseite?“ Und innerhalb von 48 Stunden folgten diese Unternehmen ihren Forderungen und den Forderungen anderer demokratischer Politiker, Parler zu entfernen. Das war nicht das erste Mal, dass so etwas passiert ist. Das gleiche geschah damals gegen WikiLeaks.

Sie sehen hier, wie Amazon dem Druck von Joe Lieberman nachgab und die Verbannung von WikiLeaks aus dem Internet verlangte, was auch geschah, obwohl WikiLeaks nicht verurteilt worden war. Nachdem es ihnen gelungen war, Amazon unter Druck zu setzen, richteten sie ihre Aufmerksamkeit auf das, was Talking Points Memo im Dezember 2010 als „andere Firmen“ bezeichnete. Lieberman fokussierte sich auf andere Unternehmen. Hier sehen Sie, wie Talking Points Memo gestern eine Sprecherin des Ausschusses, Leslie Phillips, fragte, ob Lieberman plane, sich an andere Unternehmen zu wenden, Zitat: „Der Ausschuss wendet sich nicht an andere Unternehmen“, sagte sie. Senator Lieberman hofft, dass der Fall Amazon die Botschaft, dass ein Hosting von WikiLeaks unverantwortlich wäre, an andere Unternehmen übermittelt. Mit anderen Worten: Wir haben nicht das Gefühl, dass wir diese Unternehmen überhaupt kontaktieren müssen, wir haben unsere Ansicht sehr deutlich gemacht, nach der die US-Regierung Sie als ihren Feind betrachten wird. Wir werden Sie der Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA für schuldig halten, wenn Sie nicht dem Beispiel von Amazon folgen und Ihre Dienste für WikiLeaks einstellen. Und siehe da, wie erwartet, haben zahlreiche Unternehmen dies getan.

Hier bei Forbes, fünf Tage später, am 7. Dezember 2010: „Visa, MasterCard haben sich zur Sperre von WikiLeaks entschieden.“ Zitat: „Die zunehmenden juristischen und politischen Kräfte, die gegen WikiLeaks arbeiten, haben soeben zwei wichtige finanzielle Schläge gegen die Whistleblower-Seite erzielt. Am Dienstagmorgen stellte Visa die Zahlungen an WikiLeaks ein, wie Associated Press berichtet. Und am späten Montag erklärte MasterCard gegenüber Cnet, dass es ebenfalls beabsichtigt, Zahlungen an WikiLeaks zu blockieren, und das mit dem Argument, dass die Vorschriften des Unternehmens es Kunden verbiete, sich direkt oder indirekt an illegalen Handlungen zu beteiligen oder diese zu unterstützen.“

WikiLeaks wurde weder angeklagt, geschweige denn für illegale Handlungen verurteilt, und dennoch folgten diese Unternehmen der Aufforderung der US-Regierung. In dem Artikel heißt es weiter: „Die Schritte von Visa und Mastercard stellen die jüngste und schwerwiegendste Verschärfung der finanziellen Maßnahmen gegen WikiLeaks dar, seit das Unternehmen letzte Woche den ersten Teil von einer Viertelmillion diplomatischer Depeschen veröffentlicht hat.“ Mit anderen Worten haben sie WikiLeaks einfach an der Beschaffung von Geldern gehindert. Nicht länger konnte man mit Visa, MasterCard und PayPal an WikiLeaks spenden, und nicht länger konnte WikiLeaks im Internet über Amazon gefunden werden, weil diese Unternehmen den Forderungen der US-Regierung nachgaben, ihnen als Strafe für ihr „Verbrechen“, über die Aktivitäten der US-Regierung zu berichten, jegliche Mittel zu entziehen. In dem Artikel heißt es weiter: „Am Freitag blockierte PayPal die Zahlungen an die Webseite, und die Finanzabteilung der Schweizer Post, PostFinance, gab am Montag bekannt, dass sie die Konten von Assange einfrieren wird.“ Während wir also mit berechtigtem Entsetzen auf das blicken, was in Kanada vor sich geht, sollten wir uns daran erinnern, dass diese Art Waffe seit zehn Jahren im Einsatz ist, beginnend mit der Unterdrückung, dem Unterbinden und dem Sperren von WikiLeaks aufgrund der Aufdeckung der Verbrechen der Obama-Regierung.

Hier ein Artikel aus dem The Sydney Morning Herald vom 9. Dezember 2010: „PayPal hat WikiLeaks aus dem Verkehr gezogen, weil die US-Regierung ihnen einen Brief geschickt hat.“ Sie taten es nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Druck der US-Regierung. Genauso wie große Tech-Unternehmen derzeit zensieren, weil die US-Regierung unter der Demokratischen Partei dies verlangt, ebenso wie Finanzdienstleister in Kanada auf Geheiß und Forderung der Trudeau-Regierung Bankkonten einfrieren. In dem Artikel heißt es, Zitat: „Die US-Regierung hat im Grunde ein Schreiben verfasst, in dem die WikiLeaks-Aktivitäten als illegal eingestuft werden“ – als illegal eingestuft, nicht gerichtlich bewiesen, als in den USA illegal eingestuft – „und infolgedessen mussten unsere zuständigen Ausschüsse die Entscheidung zur Sperrung des Kontos treffen, sagte der Vizepräsident von PayPal, Osma Bedier, in einer Internet-Videoansprache.“ Als Reaktion darauf steht auf der WikiLeaks-Webseite: „WikiLeaks erklärt der Bankenblockade den Krieg“, weil sie die Arbeitsfähigkeit des Unternehmens beeinträchtigt.

Es ist offensichtlich, dass eine Nachrichtenorganisation oder eine Whistleblower-Webseite wie WikiLeaks ohne Spenden, Geld und Finanztransaktionen nicht funktionieren kann. Darum ging es schließlich: die Zerstörung eines Nachrichtenmediums durch außergerichtliche Maßnahmen, das über die Regierung der Vereinigten Staaten berichtet hatte und sie damit erzürnte. Hier ist die Stellungnahme von WikiLeaks: „In den letzten zwei Jahren hat die Blockade 95 Prozent der Spenden an WikiLeaks gestoppt, wodurch die primären Bargeldreserven von mehr als einer Million Dollar im Jahr 2010 auf unter Tausend Dollar im Dezember 2012 geschmolzen sind.“ Die Organisation stand kurz vor der Vernichtung. Sie wurden einfach aus dem Finanzsystem verbannt, ohne dass ein Gericht oder ein ordnungsgemäßes Verfahren notwendig gewesen wäre, einfach durch rechtswidrige und

einschüchternde Taktiken gegen diese Firmen.

Zu diesem Zeitpunkt, als uns die Schwere der Tat bewusst wurde, beschlossen wir zu handeln. Wir, das heißt ich selbst, meine Kollegin bei der Snowden-Berichterstattung Laura Poitras, die mit dem Oscar für den Film Citizenfour ausgezeichnet wurde, Daniel Ellsberg, der berühmte Whistleblower im Fall der Pentagon Papiere, und der Schauspieler John Cusack, der sich für Transparenz einsetzt. Wir alle kamen gemeinsam zu dem Schluss, dass dieses Modell, bei dem die US-Regierung private Akteure einfach unter Druck setzen und zu ihrem Zweck manipulieren kann, und Gruppen für Pressefreiheit, journalistische Einrichtungen und Whistleblowing-Webseiten zerstören kann, indem sie ihnen den Zugang zu Geldern verwehrt, einen schwerwiegenden Angriff auf die Möglichkeit zur Berichterstattung über die Regierung der Vereinigten Staaten darstellt.

Als Reaktion darauf haben wir eine neue Gruppe für Pressefreiheit gegründet, die ich im Dezember 2012 bei The Guardian ankündigte, als ich noch dort tätig war. Die Schlagzeile lautet: „Neue Gruppe für Pressefreiheit wird gegründet, um Angriffe der US-Regierung abzuwehren.“ Wir gründeten die Freedom of the Press Foundation, die auch heute noch so heißt. Der Gedanke war, dass wir der Öffentlichkeit mitteilten: „WikiLeaks kann Ihr Geld nicht mehr entgegennehmen, da ihnen der Zugang zu allen Geldern, zu ihren Kreditkarten und Bankkonten verwehrt wurde. Aber wir verfügen über Zugang. Wir haben Konten, wir haben Kreditkartenkonten, spenden Sie uns das Geld und wir werden es WikiLeaks zur Umgehung dieser Blockade weitergeben.“

Ich schrieb damals, als ich wusste, wie gefährlich dieses Modell war und wie es in der Zukunft eingesetzt würde, Zitat: „Der Hauptgrund für die Gründung dieser Gruppe war die Absicht, die US-Regierung daran zu hindern, jemals wieder ein unabhängiges journalistisches Unternehmen so anzugreifen und zu unterdrücken, wie sie es mit WikiLeaks getan hat.“ Weiter: „Der Druck der Regierung und das eifrige Entgegenkommen großer Finanzunternehmen (wie Visa, MasterCard, Bank of America usw.) hat es – absichtlich – für jeden extrem schwierig gemacht, an WikiLeaks zu spenden, während viele Menschen einfach Angst haben, die Gruppe direkt zu unterstützen.“ Der letzte Teil ist meiner Meinung nach besonders wichtig. Die US-Regierung setzte nicht nur brachiale Gewalt ein, um WikiLeaks zu unterbinden. Wenn die US-Regierung eine Gruppe für illegal hält, ohne es beweisen zu müssen, oder wenn sie diejenigen, die für die Integrität der Wahlen demonstrieren oder die Wahl 2020 als ein Produkt von Betrug ansehen, als Aufständische bezeichnet, ohne es beweisen zu müssen, oder wenn die Trudeau-Regierung jeden, der die Trucker-Proteste unterstützt, als Terroristen oder Aufständische bezeichnet, dann rechtfertigt das nicht nur ihre Auffassung, nach der der Zugang zu Spenden und anderen finanziellen Mitteln der Unternehmen unterbunden wird, es führt auch dazu, dass alle anderen Angst vor der Spendenbereitschaft oder Unterstützung einer Gruppe haben, die die Regierung als terroristische Vereinigung, als Bedrohung der nationalen Sicherheit oder als kriminelles Verhalten eingestuft hat, weil sie im Wesentlichen behaupten – selbst wenn das vor Gericht

nicht bewiesen wurde –, dass man sich der Beihilfe oder der Unterstützung von Straftaten schuldig machen kann, sollte man diese Gruppe unterstützen. Auf diese Weise wird ein Klima der Angst geschaffen, in dem Widerspruch unmöglich ist.

Jetzt, zehn Jahre später, sind die Vorgänge in Kanada den meisten von Ihnen bekannt, und ich werde auf diese zurückkommen, aber bereits sechs Monaten zuvor gab es sehr bedrohliche Anzeichen für eine zunehmende Anwendung dieser Taktik in den Vereinigten Staaten im Namen der Bekämpfung des inländischen Extremismus. Im Juli 2020 kündigte die Anti-Defamation League, die sich lange Zeit der Verteidigung von Juden gegen Antisemitismus oder antisemitische Diffamierung widmete, inzwischen aber zu einer liberalen Standard-Lobbygruppe geworden ist, eine Partnerschaft mit PayPal an, um zu erforschen, wie Extremisten online Geld verbreiten, so die Überschrift. Und sie taten dies nicht nur zu wissenschaftlichen Zwecken. Die Idee war, dass die ADL PayPal über Gruppen oder Einzelpersonen informiert, die die ADL nach eigenem Ermessen als extremistisch einstuft. Was auch immer das für die ADL, eine liberale Interessengruppe, bedeutet, und PayPal würde diese Personen oder Gruppen dann von der Teilnahme am PayPal-Finanzsystem ausschließen, so wie sie es ein Jahrzehnt zuvor mit WikiLeaks getan haben.

In dem Artikel heißt es: „Die Partnerschaft wird sich darauf konzentrieren, 'die finanziellen Netzwerke aufzudecken und zu unterbrechen, die extremistische und hasserfüllte Bewegungen unterstützen', indem sie 'Akteure und Netzwerke ins Visier nimmt, die alle Formen von Hass und Feindseligkeit verbreiten und davon profitieren', heißt es in einer am Montagmorgen veröffentlichten ADL-Pressemitteilung.“ Die Ergebnisse werden, Zitat, „in der gesamten Finanzindustrie, mit politischen Entscheidungsträgern und Strafverfolgungsbehörden geteilt“, so die Mitteilung. Obwohl die Partnerschaft speziell mit PayPal besteht, sollen die Ergebnisse in der gesamten Finanzindustrie verbreitet werden. Wenn PayPal also sagt, wir schließen diese Gruppe oder diese Person aus, weil die ADL sie als extremistisch, gewalttätig oder gefährlich betrachtet, wird auch kein anderes Finanzunternehmen mit diesen Leuten in Kontakt treten wollen. Genau das ist passiert, als Joe Lieberman sagte: „Nein, wir müssen uns nicht an diese anderen Unternehmen wenden. Wir haben es bereits mit Amazon unternommen, und wir gehen davon aus, dass die Botschaft angekommen ist und all die anderen Finanzdienstleister dem Beispiel folgen werden.“ Und das haben sie getan. Darum geht es hier. Es geht nicht nur um PayPal, es geht darum, dass die ADL die Möglichkeit erhält, diejenigen aus dem Finanzsystem zu verbannen, die die ADL in ihrem eigenen Interesse als Extremisten einstuft, oder die eine Ideologie vertreten, die der ADL missfällt.

Damals, in den Jahren 2010/11, gab es nur sehr wenige, die vor den Gefahren eines solchen Vorgehens, wie es bei WikiLeaks der Fall war, warnten. Jetzt ist das Bewusstsein dafür viel größer. Hier ist zum Beispiel ein Artikel, der von David Sacks, dem Gründer und Chief Operating Officer von PayPal, auf der Webseite von Barry Weiss, Substack, veröffentlicht

wurde. Als er von diesem Vorgang PayPals erfuhr, schrieb er diesen Artikel – eine Warnung – mit dem Titel: „Bereiten Sie sich auf die, ich zitiere, 'Kaufverbotsliste' vor. Zuerst zensierten die großen Tech-Unternehmen die Sprache. Jetzt wollen sie Benachteiligte aus dem Finanzsystem ausschließen.“ Und genau darum geht es hier. Es geht um den Umgang mit dem Internet und Big Tech, um die Zensur und das Unterdrücken von Andersdenkenden gegenüber der neoliberalen Ordnung, um deren Ausschluss aus dem Finanzsystem, um den Ausschluss von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben durch diese Taktik.

Und in diesem Artikel erklärt David Sacks weiter, dass er selbst Jude ist, dass ein Teil seiner Familie im Holocaust umgekommen ist, dass er die ADL als Organisation immer respektiert hat, aber dennoch, als jemand, der PayPal als völlig unpolitisches und offenes Finanzdienstleistungsunternehmen gegründet hat, war er zutiefst beunruhigt über die aktuellen Maßnahmen von PayPal, die im Wesentlichen darin bestehen, dass das Unternehmen keine Menschen mehr bedienen wird, die eine Ideologie vertreten, die die ADL als extremistisch einstuft. Und David Sacks merkte weiter an, dass selbst wenn die ADL weiterhin so funktionieren würde wie bisher, wäre dies gefährlich, da die Möglichkeit zur Beteiligung am Finanzsystem nicht von einer bestimmten politischen Ideologie abhängig sein sollte. Aber besonders gefährlich ist es, weil die ADL, ähnlich wie die ACLU, ein entfernter Schatten ihrer selbst ist. Sie ist viel mehr eine standardmäßige liberale Lobbygruppe, die sich der Demokratischen Partei und der Politik der Demokratischen Partei widmet und Feinde der Demokratischen Partei von rechts oder links bedrängt, als die Art von Mythologie, der sie einst unter ihrem langjährigen Direktor, Abe Foxman, folgte.

Hier sehen Sie die Ankündigung des Tablet Magazine vom November 2014, dass die ADL den Nachfolger von Abe Foxman, der diese Organisation jahrzehntelang leitete, ernannt. Die Person, die seine Nachfolge antritt, ist Jonathan Greenblatt, der, wie das Magazin anmerkt, als ein besonderer Assistent von Barack Obama gilt. Damals gab es bereits Bedenken. Und jetzt, sieben oder acht Jahre später, ist die Sorge noch größer, dass er als Assistent Obamas die ADL in einen Arm der Demokratischen Partei verwandeln würde. Und das ist sie zweifellos auch. 2015 heißt es auf der ADL-Webseite, die ADL sei „enttäuscht von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die die Umsetzung des Empfängnisverhütungsmandats weiter verzögert“. Was hat das mit Antisemitismus oder der Verteidigung von Juden gegen antisemitische Verleumdungen zu tun?

Hier berichtet die The New York Times im August letzten Jahres, dass die ADL sich für die Entlassung von Tucker Carlson einsetzte. Sie haben wiederholt versucht, Tucker Carlson, die beliebteste konservative Fernsehpersönlichkeit des Landes, aus dem Programm zu nehmen. Lesen Sie den Twitter-Feed von Jonathan Greenblatt im Juni 2020, auf dem Höhepunkt der Black-Lives-Matter-Bewegung. Er erklärte, er sei „stolz darauf, dass sich die ADL mit mehr als 500 jüdischen Organisationen und Synagogen aus dem gesamten ethnischen und politischen Spektrum zusammengeschlossen hat, um unmissverständlich zu sagen: Black Lives Matter. Bitte lesen Sie die Stellungnahme“.

Man mag mit all diesen Ansichten der ADL übereinstimmen oder nicht. Der Punkt ist jedoch, dass es sich um eine hochgradig politisierte Organisation handelt, deren Ansichten sich leicht als Mainstream-Ideologie der neoliberalen Demokratischen Partei herausstellen. Wenn die ADL also feststellt, wer ein gefährlicher Extremist ist, dann verwendet sie keine objektiven Maßstäbe. Sie behaupten im Wesentlichen, dass sie die Macht haben, jeden aus dem Finanzsystem zu verbannen, zuerst von PayPal und dann von anderen Banken und Kreditkartenunternehmen, der ihrer Ansicht nach eine Ideologie vertritt, die von der ihren abweicht und daher gefährlich sei. Zu den von der ADL vertretenen Ansichten gehört auch die vehemente Verteidigung Israels. Ich könnte mir vorstellen, dass viele von Ihnen, die gerade zuschauen, diese Ansicht teilen und sich überlegen, dass auch Sie sich für Israel einsetzen. Das ist in den Vereinigten Staaten allerdings kein Verbrechen. Ebenso wenig, da sind wir uns hoffentlich alle einig, sollte es ein Verbrechen sein, Kritik an Israel zu üben und die Palästinenser zu verteidigen. Sie mögen mit dieser Auffassung nicht einverstanden sein, aber ich hoffe, dass Sie anerkennen, dass Menschen mit einer anderen Auffassung nicht bestraft werden sollten, ebenso wenig wie Menschen, die für eine Abweichung von einer der anderen ADL-Ansichten bestraft werden sollten.

Und doch war diese Gruppe palästinensischer Aktivisten auf dieser Webseite äußerst besorgt darüber. Sie schrieben: „Das könnte bedeuten, dass der Finanzriese PayPal der ADL mit ihrer langjährigen Erfahrung im Ausspionieren von Menschenrechtsaktivisten erlaubt, die Kriterien für 'Extremismus' festzulegen, ohne dass es einen klaren Hinweis darauf gibt, dass dieser Prozess transparent oder rechenschaftspflichtig sein wird. Die Gruppe behauptet regelmäßig, dass sie sich in die 'Anti-Bias'-Schulungen von Konzernen und öffentlichen Schulen einmischt, während sie gleichzeitig antimuslimischen Hass verbreitet und Organisationen der palästinensischen, muslimischen und arabischen Gemeinde verunglimpft.“ Auch hier gilt: Man muss der ADL weder zustimmen noch widersprechen, um zu verstehen, dass es sich um eine zutiefst politische Organisation handelt, was die Übertragung dieser Befugnis – zu entscheiden, wer aus dem Finanzsystem ausgeschlossen wird – auf sie oder eine ähnliche Gruppe so gefährlich macht.

Für diejenigen unter Ihnen, die denken, dass die ADL nur gegen rechtsextreme MAGA-Leute, Aufständische und Personen wie die kanadischen Trucker vorgeht, hier ein Artikel aus The Guardian vom November 2018, in dem es um die Beschwerden der Antifa geht, die zusammen mit den Proud Boys Teil eines Vorgehens von PayPal gegen gefährliche Extremisten waren. PayPal erklärte, dass sie gefährliche Extremisten von ihren Plattformen verbannen würden. Sie haben nicht nur die Proud Boys ausgeschlossen, worüber die Linke froh war, sondern auch die Antifa. Und die Antifa kann selbstverständlich keinen prinzipiellen Einspruch erheben und sagen, wir glauben an die Meinungsfreiheit, weil das nicht der Fall ist. Ihr einziger Einwand lautete: Nein, wir gehören zu den Guten. Das solltet ihr nur mit den Bösewichten machen. Aber so funktionieren diese Art von Maßnahmen doch immer, da sie sich in erster Linie an jemanden richten, über dessen Ausschluss man sich

freut. Jemand, der kanadische Trucker unterstützt, jemand, der Israel kritisch gegenübersteht, jemand, der Donald Trump für den rechtmäßigen Präsidenten hält, jemand, der an MAGA glaubt ... aber letztendlich wird es sich weit über die ursprünglichen Absichten hinaus ausbreiten, so wie es bei Zensur immer geschieht.

In dem Artikel heißt es, Zitat: „Indem PayPal gleichzeitig Konten von Antifaschisten und den Proud Boys löscht, scheint eine falsche Gleichsetzung zu erfolgen und völlig unterschiedliche Gruppen als 'intolerant' und 'hasserfüllt' bezeichnet zu werden, sagte die Antifa-Gruppe Atlantic in einer Erklärung.“ Sie sagen also im Wesentlichen, dass sie das Vorgehen von PayPal unterstützen. Sie sollen die Verwerflichen loswerden, aber doch nicht uns. Aber das ist genau der Grund, warum man keine Möglichkeit hat, Einspruch zu erheben, wenn man das Prinzip nicht verteidigt.

Wir haben im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Aufstand im Kapitol am 6. Januar ähnliche Dinge erlebt, bei denen Menschen benachrichtigt wurden, dass ihre Bankkonten gesperrt wurden. Die Bank of America befindet sich in der Kritik, weil sie ungefragt umfangreiche Datenmengen an das FBI weitergegeben hat. Sie sehen, wie das Finanzsystem ausgenutzt wird, um abweichende Meinungen im Westen zu unterdrücken, und das auf alle möglichen Arten. Und die Ereignisse der letzten drei Wochen in Kanada sind natürlich besonders beunruhigend. Begonnen hat es Anfang Februar, als Millionen von Dollar über die vermeintlich unpolitische Fundraising-Webseite GoFundMe gespendet wurden und GoFundMe ankündigte, dass sie diese Gelder im Wesentlichen beschlagnahmen würden. Zunächst hieß es, dass sie diese Gelder nicht an die Trucker weitergeben, und zwar aus demselben Grund, den PayPal und die Bank of America sowie MasterCard und Visa vor zehn Jahren angaben. Man würde die Gelder nicht an WikiLeaks weitergeben, und zwar, wie die Regierung erklärte, ohne zu beweisen, dass es sich um eine kriminelle Organisation handelt. GoFundMe erklärte stattdessen: Wir nehmen dieses Geld und geben es an andere Wohltätigkeitsorganisationen, die von den Organisatoren ausgewählt wurden, jedoch an Gruppen, die die Spender nicht ausgewählt haben. Das war im Grunde genommen Diebstahl.

Sie erhielten das Geld unter dem Vorbehalt, dass es den Truckern zugute käme, und sagten dann, dass sie das Geld an jemand anderen weitergeben würden. Da die Spender nie ihr Einverständnis zur Weitergabe ihres Geldes gegeben haben, ist dies eine Form von Diebstahl, ob legalisiert oder nicht. Nach dieser Gegenreaktion stimmten sie zu und erklärten, dass sie alle Spenden automatisch zurückerstatten würden. Sie sehen also, dass den kanadischen Truckern die Möglichkeit genommen wurde, von ihren Unterstützern Gelder zu erhalten, genau wie all die anderen Beispiele aus dem System der finanziellen Grundversorgung. Die Möglichkeit, Geld von Unterstützern zu erhalten oder Geld für eine Sache zu spenden, die man unterstützt, ist eine wichtige Form der politischen Freiheit. Es ist eine wichtige Art und Weise, das in der Verfassung garantierte Recht auf politische Vereinigung in Anspruch zu nehmen, und genau dieses Recht wird uns jetzt genommen.

In dem BBC-Artikel heißt es, Zitat: „Wir haben jetzt Beweise von den

Strafverfolgungsbehörden, dass die zuvor friedliche Demonstration zu einer Besetzung geworden ist, mit Polizeiberichten über Gewalt und andere ungesetzliche Aktivitäten, sagte GoFundMe.“ Erkennen Sie die Taktik wieder, die hier angewendet wird? Sie stufen einfach jeden, der ihnen missfällt, als Kriminellen ein, ohne dass eine Anklage oder Verurteilung erforderlich ist, und dann folgt alles Weitere. Daraufhin rief die kanadische Regierung den Ausnahmezustand aus – das erste Mal seit Jahrzehnten.

Sogar linksgerichtete Gruppen wie die Kanadische Kommunistische Partei erhoben Einspruch, und die Civil Liberties Association, eine Art ACLU Kanadas, die zumindest eine gewisse Treue zu ihrer Kernfunktion zu haben scheint, sagte, dass sie klagen werde, dass sie die Bedingungen für die Berufung auf das Notstandsgesetz für nicht ausreichend halte, aber dennoch taten sie es. Infolgedessen begannen die Banken mit dem Einfrieren der Bankkonten von Personen, von denen die Regierung glaubt, dass sie mit den Demonstranten in Verbindung stehen.

Hier ein Bericht der CBC: „Die stellvertretende Premierministerin Chrystia Freeland sagte am Donnerstag, dass die Finanzinstitute unverzüglich die Konten von Personen eingefroren haben, die mit den Demonstrationen in Ottawa in Verbindung stehen, so dass eine unbekannte Anzahl von Demonstranten in einer finanziellen Schwebelage gehalten wird.“ Freeland versprach, in den kommenden Tagen weitere Konten sperren zu lassen, um den Organisatoren die für die Fortsetzung ihrer Besetzung der Hauptstadt erforderlichen Mittel zu entziehen. Das Motiv wird eingestanden. Sie sagen: Wir wissen, dass die Leute nicht überleben und nicht protestieren können, wenn wir ihnen die Gelder entziehen. Denken Sie an die Macht, die der Regierung dadurch gegeben wird, einfach jederzeit, wenn Sie gegen die Regierung protestieren, Ihr Bankkonto einzufrieren. Sie können kein Benzin oder Lebensmittel kaufen oder Ihre Rechnungen oder Ihre Miete bezahlen, wenn Sie weiter protestieren.

Der Artikel fuhr fort: „Freeland, gleichzeitig Finanzministerin, sagte, dass die RCMP und die anderen Strafverfolgungsbehörden Informationen über die Konvoi-Demonstranten und ihre Unterstützer gesammelt und diese Informationen mit den Finanzinstituten geteilt hätten, um den Zugang zu Bargeld und Kryptowährungen zu beschränken.“ – „Unter Berufung auf die Gesetze zur Terrorismusfinanzierung hat die Regierung Crowdfunding-Webseiten und Zahlungsanbieter gezwungen, sich beim Financial Transactions and Report Analysis Centre of Canada, der staatlichen Einrichtung für Finanzdaten, zu registrieren.“ Sie nutzen also ihre Überwachungsbefugnisse, um die Verwendung dieser Gelder zu kontrollieren, und zwingen diese Institutionen, sich bei der Regierung zu melden, um über den Umgang mit diesen Geldern zu berichten. „In einer letzten Warnung an die versammelten Demonstranten sagte Freeland, dass denjenigen, die ihre großen Lastwagen auf Ottawas Straßen fahren lassen, ihre Versicherung gekündigt und ihr Firmenkonto gesperrt wird – ein Schritt, der es diesen Fahrern schwer machen könnte, jemals wieder zu arbeiten.“

Das ist die Strafe, die sie nicht für Mord, Kinderhandel, Drogenhandel, Vergewaltigung oder

andere Verbrechen ergriffen haben, sondern für Proteste. Protest gegen die Politik der Regierung. Wir werden eure Bankkonten einfrieren und Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass ihr nie wieder arbeiten könnt. Wir werden euer Leben zerstören, wenn ihr weiter gegen uns protestiert. Man muss sich nicht anstrengen, um zu verstehen, warum dies despotisch und tyrannisch und so viel gefährlicher ist als alles, was man den Demonstranten vorwirft.

Die folgende Meldung von Reuters vom 12. Februar vermittelt einen Eindruck vom Ausmaß des finanziellen Angriffs: „TD Bank friert zwei Konten ein, auf denen 1,4 Millionen kanadische Dollar zur Unterstützung der Proteste in Kanada eingegangen sind. TD beantragte am Freitag beim Ontario Superior Court of Justice, die über GoFundMe und Banküberweisungen eingegangenen Gelder einzuziehen, damit sie entweder an die vorgesehenen Empfänger zurückgeschickt oder an die Spender zurückgegeben werden können.“ Wie ich bereits erwähnte, erinnert dies sehr an die Ereignisse um Parler, das im Januar 2021 die am häufigsten heruntergeladene App im gesamten Internet in den Vereinigten Staaten wurde, sowohl in den Stores von Google als auch von Apple. Hier wird ersichtlich, dass The New York Times, Apple, Amazon und Google Parler gesperrt haben, eine App, die Trump-Anhänger angesprochen hat. Sie erkennen die Taktik, die hier angewandt wird. Offiziell können Proteste nicht kriminalisiert werden, also gehen sie über das Gesetz hinaus und verhängen oft härtere Strafen gegen jeden, der weiterhin gegen sie protestiert.

Nachdem GoFundMe die Gelder einfrieren ließ, erklärte die Alternative GiveSendGo sich zu der Annahme dieser Gelder bereit und erhielt über Nacht Millionen von Dollar. Ein Gericht in Ontario blockierte daraufhin auch den Zugang zu diesen Spenden. Es besteht einfach keine Möglichkeit, diesen Demonstranten Geld zukommen zu lassen.

Hier ein Bericht von CTV News vom 19. Februar, also die aktuellste Meldung: „Mindestens 76 Finanzkonten seit Inkrafttreten des Notstandsgesetzes eingefroren.“ – „Dutzende von Konten von Finanzdienstleistern wurden in den letzten fünf Tagen aufgrund der neuen Befugnisse des Notstandsgesetzes eingefroren, sagte der Minister für öffentliche Sicherheit Marco Mendicino am Samstag. Auf einer virtuellen Pressekonferenz, die gerade begann, als Polizeibeamte die Demonstranten von der Wellington Street vor dem Parlament räumten, sagte Mendicino, dass 'mindestens 76' Konten mit etwa 3,2 Millionen Dollar auf der Grundlage des Gesetzes eingefroren worden seien.“ Sie haben gerade 3 Millionen Dollar von Dutzenden von Konten eingefroren, von denen sie einseitig entschieden haben, dass sie mit den Demonstranten in Verbindung stehen, mit dem ausdrücklichen Ziel der Zerschlagung der Proteste.

Wie erwähnt, ist dies nur eine der Waffen, die die westliche neoliberale Ordnung zur Unterdrückung abweichender Meinungen geschaffen hat. Wir alle sind uns der umfangreichen Zensur bewusst, der Einstufung ganzer politischer Bewegungen als kriminell, aufständisch, rebellisch oder terroristisch, der Bespitzelung und all der anderen Mittel, die

dazu dienen, die Fähigkeit zum Widerspruch zu zerstören. Aber diese spezielle Maßnahme, Menschen zu verbannen und sie aus dem Finanzsystem auszuschließen, so dass sie weder Zugang zu ihren Geldern haben noch Unterstützung von ihren Anhängern erhalten können, ist unglaublich abscheulich. Und ich weiß, dass man schockiert ist, dies in Kanada zu beobachten, aber ich wollte Ihnen die jahrzehntelange Entwicklung dessen verdeutlichen, weshalb ein lautstarker Einspruch so wichtig ist. Mitunter klingt man wie jemand, der sich in Übertreibungen verliert und vor den möglichen Gefahren warnt. Vor zehn Jahren gab es nur wenige von uns, die davor gewarnt haben, dass die Regierung, wenn sie dies erfolgreich mit WikiLeaks umsetzen kann, dies auch mit jedem anderen umsetzen könnte, der sie in irgendeiner Weise herausfordert, dass sie diesen einfach durch das Streichen der finanziellen Mittel erstickt.

Wir sehen es jetzt durch die ADL-Partnerschaft mit PayPal. Wir sehen es in den Worten „Aufstand“ und „einheimische Terroristen“, um die Vorgehensweise gegenüber den Demonstranten am 6. Januar in den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen. Und wir sehen es jetzt vor allem in Kanada. Deshalb sagte ich zu Beginn, dass es keine Übertreibung ist zu sagen, dass die herrschende neoliberale Ordnung im Westen einen systematischen und sich schnell entwickelnden Krieg gegen Widerspruch führt, und dass diese Waffe eine der abscheulichsten ist, die in dessen Namen eingesetzt wird.

ENDE